

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

138. Sitzung

Donnerstag, 17. Dezember 2020

TOP 3

**„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Erlass
infektionsschützender Maßnahmen“**

Drucksache 16/9500

Rede von

Nicole Razavi MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende
Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Abg. Nicole Razavi MdL (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Während man im Deutschen Bundestag und in anderen Parlamenten noch darüber diskutiert, ob und wie der Gesetzgeber bei der Bekämpfung der Coronapandemie eingebunden werden soll und wie er seine Rechte wahrnimmt, sind wir bereits vorausgegangen und einen großen Schritt weiter.

Wir diskutieren heute bereits darüber, wie wir die ersten Änderungen in unserem Gesetz umsetzen, und das Parlament in Baden-Württemberg ist schon seit Wochen, seit Monaten nicht mehr länger Beobachter des Geschehens von der Seitenlinie aus, sondern ist fest eingebunden.

Der Landtag von Baden-Württemberg, wir Abgeordnete spielen eine wichtige und nicht zu unterschätzende Rolle bei der Bekämpfung dieser Pandemie. Diese Aufgabe ist uns Verantwortung und Mahnung zugleich. Die dynamische Entwicklung der Pandemie und die Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf Bundesebene machen es allerdings notwendig – und ich halte das auch für richtig so –, die Rechte des Landesparlaments noch weiter zu stärken.

Worum geht es? Der Bundestag hat in seinem Infektionsschutzgesetz geregelt, dass die Rechtsverordnungen der Länder zur Bekämpfung der Pandemie zum einen begründet werden müssen und zum anderen befristet sein müssen. Die Frist beim Bundestag beträgt vier Wochen – Kollege Sckerl hat es gesagt –, bei uns allerdings acht, und damit unsere Regelung nicht ins Leere läuft, haben wir, die CDU-Fraktion, schon im November vorgeschlagen, dass wir unser Pandemiegesetz entsprechend anpassen. Ich freue mich sehr, dass der Vorschlag meiner Fraktion von einer breiten Mehrheit im Parlament getragen wird.

Klar ist: Der Landtag wird noch mehr als zuvor über die Pandemie diskutieren, diskutieren müssen.

Wir regeln ganz konkret, dass der Landtag bereits dann den Rechtsverordnungen zustimmen muss, wenn diese vier Wochen gelten sollen. Wie gesagt, bislang lag diese Frist bei acht Wochen. Die Diskussion hier im Parlament, der Herzkammer unserer Demokratie, das Ringen um Maß und Mitte stärkt eben nicht nur die demokratische Legitimation, sondern auch die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung. Diese Diskussionen werden wir nun in enger und in regelmäßiger Folge führen, und ich freue mich ebenso, dass wir hier im

Parlament ein großes Einvernehmen haben, über die Beteiligung des Landtags zwischen den Landtagen.

Einschneidende Maßnahmen, die unser Zusammenleben in den Grundfesten berühren, dürfen nicht in einsamen Entscheidungen in den Amtsstuben fallen. Maßnahmen und Strategien zur Pandemiebekämpfung müssen öffentlich hier in diesem Parlament diskutiert werden.

Es ist eben nicht nur die Zeit der Exekutive, wie es häufig heißt, sondern es ist vor allem auch die Zeit der Legislative.

Herzlichen Dank und Ihnen und uns allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.